



GRÜNE Schweiz

Waisenhausplatz 21
3011 Bern

rahel.estermann@gruene.ch
031 326 66 15

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement, Frau Bundesrätin Karin Keller-Sutter
3003 Bern

per E-Mail an:

chantal.perriard@sem.admin.ch
vernehmlassungSBRE@sem.admin.ch

Bern, 15. November 2021

**Übernahme der Verordnung (EU) 2021/1148 zur Schaffung eines Instruments für finanzielle Hilfe im Bereich Grenzverwaltung und Visumpolitik im Rahmen des Fonds für integrierte Grenzverwaltung (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands);
Vernehmlassung**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin, sehr geehrte Damen und Herren

Die GRÜNEN stehen der Weiterentwicklung der Finanzierung der Grenzverwaltung und der Visumpolitik durch den Border Management and Visum Information Fonds (BMVI-Fonds) kritisch gegenüber. Verschiedene Berichte über die Arbeit der Grenzpolizeien haben in den Monaten gezeigt, dass die Achtung der Menschenrechte an den europäischen Aussengrenzen nicht gesichert ist.¹ Für uns GRÜNE ist es nicht tragbar, durch den BMVI-Fonds menschenrechtswidrige Praktiken des Grenzschutzes mitzutragen. Zudem führt der Fonds zu einer Aufrüstung des Grenzschutzes, in dem er eine grosse Menge an Geld für die Betriebsausrüstung der Grenzpolizeien zur Verfügung stellt – das steht in einem Missverhältnis zu den Mitteln, welche für den Schutz der Menschenrechte zur Verfügung stehen.

Genauso wie bei der der Grenzschutzagentur Frontex muss die Transparenz und die Rechenschaftspflicht der Grenzpolizeien gewährleistet sein – derzeit ist das nicht der Fall. Auf EU-Ebene sind die Probleme im Grenzschutz-Management und die Stärkung der Menschenrechte momentan in grosser Diskussion.² Für die GRÜNEN ist die Stärkung dieser Punkte eine zwingende Bedingung, damit die Schweiz einen Beitrag von rund 300 Mio. Fr. an den BMVI-Fonds beisteuert. Der Bundesrat und weitere Schweizer Vertretungen in den Gremien müssen sich noch stärker für mehr Transparenz, Mechanismen zur Rechenschaftspflicht und die Achtung der Menschenrechte an der Grenze einsetzen – damit das Schweizer Geld auch

¹ Als eines von vielen Beispielen der Dokumentation sei hier auf den Bericht der SRF-Rundschau vom 6. Oktober 2021 verwiesen: <https://www.srf.ch/play/tv/rundschau/video/gewalt-an-der-grenze-eu-geld-fuer-kroatische-schlaegerpolizisten?urn=urn:srf:video:95f47608-080a-464a-bfe1-0dde37692b4b>

² Siehe beispielsweise die Stellungnahme der European Greens zum BMVI-Fonds vom Juli 2021: <https://www.greens-efa.eu/en/article/news/plenary-flash-05-09-july-2021>

im Sinne der internationalen humanitären Grundsätze (wie die Flüchtlingskonvention), die auch diejenigen unseres Landes sein sollen, eingesetzt wird.

Sollte das Schweizer Parlament die Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstandes mit dem BMVI-Fonds genehmigen, wird die Schweiz mit der EU eine Zusatzvereinbarung aushandeln, die unter anderem die Höhe und den Einsatz des Schweizer Beitrags festlegen. Die GRÜNEN verlangen, dass diese Vereinbarung insbesondere die folgenden Punkte festhält, welche auch einen Schwerpunkt für den Einsatz des Schweizer Beitrags bilden sollen:

- Die Stärkung der Rechte von Migrant*innen durch bessere Qualität und Rechenschaftspflicht der Grenzschutz-Behörden (sowohl nationale Polizeien als auch Frontex)
- Die Ausbildung in Sachen Menschenrechtskompetenz der Grenzschutz-Behörden (sowohl nationale Polizeien als auch Frontex)
- Die Unterstützung von Such- und Rettungseinsätzen und der Ausbau der entsprechenden Kapazitäten

Wir danken Ihnen, Frau Bundesrätin, sehr geehrte Damen und Herren, für die Kenntnisnahme unserer Position und den Einbezug unserer Vorschläge in die weiteren Verhandlungen.

Freundliche Grüsse



Balthasar Glättli
Präsident



Rahel Estermann
stv. Generalsekretärin, Leiterin Politik